

Fragenkatalog zu unseren Kernforderungen

Pflege

(1.) Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein – Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

Für uns Grüne ist klar, dass die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen kein Armutsrisko darstellen darf. Deshalb fordern wir (auch durch Bundesratsinitiativen) die Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung in Richtung des sogenannten Sockel-Spitz-Tauschs auf Bundesebene. Bisher ist es so, dass die Versicherung bis zu einem gedeckelten Betrag die Kosten übernehmen, alle darüber hinausschließenden Kosten müssen die Pflegebedürftigen tragen. Wir wollen das Prinzip umkehren. Der Betrag der Pflegebedürftigen wird gedeckelt und alle darüber hinausschließenden Kosten werden von den Pflegekassen getragen. Das schafft finanzielle Entlastung und Planungssicherheit. Der Eigenanteil wird kalkulierbar, kann so abgesichert werden und mindert damit das Risiko der Altersarmut.

Zu der aufgeworfenen Frage nach der Höhe der Eigenanteile im Wahlkreis liegen keine abrufbaren Daten vor.

In Baden – Württemberg tragen Pflegebedürftige die höchsten Mehrkosten im ersten Jahr im Pflegeheim mit durchschnittlich 3.400 Euro monatlich. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer sinkt die Eigenbeteiligung zwar, bleibt aber deutlich erhöht: auf 3.074 Euro nach einem Jahr, 2.640 Euro nach zwei Jahren und 2.098 Euro nach über drei Jahren.

Persönlich kann ich diese Zahlen auch bestätigen. Meine beiden Eltern besitzen beide Pflegegrad 4 und mein Vater ist in stationärer Pflege. Seine Rente als Landwirt von unter 700 Euro reicht hierfür bei weitem nicht aus. Die Ersparnisse, die er in seinem langen Arbeitsleben zum Glück erarbeitet hat, schmelzen aber schnell dahin.

(2.) Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause – Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Es liegen keine wahlkreisspezifischen Zahlen vor. Laut den aktuellsten Zahlen gibt es in Baden-Württemberg 624 831 pflegebedürftige Menschen. Ca. 532 000 werden ausschließlich zu Hause versorgt. Knapp 350 000 werden ausschließlich durch Angehörige versorgt.

Wir setzen auf eine bundesweite Stärkung der Pflegeversicherung und Entlastungsleistungen. Im Land fördern wir Entlastungsangebote über die reformierte Unterstützungsangebote-Verordnung (UstA-VO), die den Entlastungsbetrag der Pflegeversicherung (131 Euro monatlich) für ehrenamtliche Helfer aus Nachbarschaft oder Bekanntenkreis einsetzbar macht – bürokratiearm und ohne Pflichtschulung.

Eines der zentralen Themen der Pflegepolitik des Landes war und ist die Stärkung von Tages- und Kurzzeitpflege als eine quartiersnahe, resiliente Versorgungsstruktur für Menschen mit Pflegebedarf. Seit nunmehr fast 15 Jahren legen wir das Innovationsprogramm Pflege auf, mit dem die häusliche Pflege gefördert wird und pflegende An- und Zugehörige unterstützt werden. Unser Ziel ist die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Pflege eines Angehörigen zu verbessern. Es sind überwiegend Frauen, die sich um die Pflege Angehöriger kümmern. Häufig müssen sie die Erwerbsarbeit reduzieren, zahlen weniger in Sozial- und Rentenkassen ein, was das Armutsrisko erhöht. Dem möchten wir mit einem bedarfsgerechten Ausbau der Pflegeinfrastruktur entgegenwirken.

Im Bund setzen wir Grüne uns für eine finanzielle Absicherung für pflegende Angehörige ein, die ihre Arbeitszeit für die Pflege reduzieren müssen. Diese Unterstützung soll ähnlich wie beim Elterngeld wirken, also ein Lohnersatz sein, wenn Angehörige wegen Pflege weniger arbeiten oder aus dem Beruf aussteigen oder ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.

Erneut kann ich auch wieder aus meiner persönlichen Erfahrung berichten, dass die Pflege zuhause sehr viel Aufwand bedeutet, denn meine Mutter wird von uns drei Geschwistern betreut.

(3.) Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget – Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der Vollstationären Pflege und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?

Das Land fördert die Errichtung von kommunalen Pflegekonferenzen in den Stadt- und Landkreisen. Kommunale Pflegekonferenzen sollen Vertreterinnen oder Vertreter der kommunalen Körperschaften, der Pflegeeinrichtungen, der Pflegekassen, der Pflegebedürftigen, des Pflegepersonals sowie des bürgerschaftlichen Engagements angehören. Diese Vernetzung dient der sozialräumlichen Gestaltung von Pflegeangeboten. Pflegekassen sind rechtlich dazu angehalten, die auf kommunalen Pflegekonferenzen erarbeiteten Empfehlungen zu berücksichtigen.

Stärkung wohnraumbbezogener Unterstützungsstrukturen: Ziel ist die Sicherstellung des Verbleibs in der eigenen Häuslichkeit und Entlastung unterstützender und pflegender Angehöriger. Das Land fördert durch verschiedene Initiativen unterstützenden Wohnformen oder Tages- und Nachtzeitpflege. Die Nachfrage nach Kurzzeitpflegeplätzen ist hoch und wird in Zukunft weiter steigen. In Zusammenarbeit mit Pflegekassen, Einrichtungsträgern und Kommunalen Landesverbänden hat das Land das „Aktionsbündnis Kurzzeitpflege“ ins Leben gerufen.

Mit dem „Innovationsprogramm Pflege“ unterstützen wir innovative Konzepte und Projekte, die die Kurzzeitpflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die ambulante Versorgung weiterentwickeln. Wir verbessern aber auch den Zugang und die Qualität niedrigschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote durch die reformierte Unterstützungsangebote-Verordnung.

Zu der aufgeworfenen Frage für den Wahlkreis Kehl liegen keine abrufbaren Daten vor.

Gesundheit

(4.) Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich – Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

*Wir setzen auf ein starkes öffentliches Gesundheitssystem, das allen Patient*innen die richtige Hilfe zur richtigen Zeit am richtigen Ort bietet. Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhausbehandlung durch den Bund ein.*

Im Land haben wir die Investitionsförderung in den letzten Jahren schrittweise erhöht und wollen diesen Weg weitergehen, von gezielten Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur bis hin zur Stärkung der Hausarztversorgung.

Gezielte Anreize, damit sich mehr Medizinstudierende für dringend benötigte Fachrichtungen entscheiden, haben wir schon umgesetzt. Mit Programmen wie dem „Landarzt-Track“ schaffen wir bereits jetzt attraktive Ausbildungswege, die eine frühe

Bindung an den Beruf und die Region ermöglichen. Die Allgemeinmedizin wird dabei im Studienverlauf gestärkt.

*Für eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung wollen wir eine Initiative „Hausärztliche Versorgung“ auf den Weg bringen, die dort ansetzt, wo Lücken entstehen oder sich abzeichnen. Die bestehende Landarztquote entwickeln wir bedarfsgerecht weiter und ergänzen sie durch eine neue „Kinderlandarztquote“, damit auch die kinderärztliche Versorgung in allen Regionen des Landes gesichert bleibt. Um die Attraktivität des Landarztberufs aufzuzeigen, ist es wichtig, dass angehende Ärzt*innen frühzeitig mit der hausärztlichen Tätigkeit in ländlichen Regionen in Berührung kommen. Wir fördern dafür zusätzliche Lehrpraxen auf dem Land und schaffen gezielte Stipendien für Studierende, die ihr praktisches Jahr in einer ländlichen Region absolvieren. Im praktischen Jahr wenden Medizinstudierende ihr theoretisches Wissen erstmals eigenverantwortlich im klinischen Alltag an. Wir wollen die Rahmenbindungen dieser zentralen Ausbildungsphase für Ärzt*innen durch eine existenzsichernde Mindestvergütung, eine hochwertige Lehre in den Kliniken sowie die Anerkennung von Krankheitstagen verbessern.*

*Ein zentrales Element einer Initiative „Hausärztliche Versorgung“ ist die Förderung von Quereinsteiger*innen: Wir wollen Stipendien und Programme schaffen, die es Ärzt*innen aus anderen Bereichen erleichtern, in die hausärztliche Versorgung zu wechseln. Gleichzeitig werden wir schon während des Studiums frühe Praxiserfahrungen in ländlichen Regionen ermöglichen – denn wer früh positive Einblicke bekommt, bleibt oft auch langfristig. Zusätzlich richten wir einen kommunalen Ärztefonds ein. Aus diesem Fonds können Praxisniederlassungen in unversorgten Regionen gezielt unterstützt werden – unbürokratisch und im engen Schulterschluss mit den Kommunen vor Ort. So sorgen wir dafür, dass überall im Land eine verlässliche medizinische Grundversorgung gewährleistet bleibt.*

Die Mittelbereiche Kehl und Achern sind für Niederlassungen von Hausärzten offen.

(5.) Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen – Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?

Ziel ist ein inklusives, gut erreichbares und barrierefreies Gesundheitssystem für alle. Bauliche, kommunikative und organisatorische Hürden müssen im ambulanten Bereich, in Krankenhäusern und im Öffentlichen Gesundheitsdienst abgebaut werden.

Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehört auch ein niederschwelliger Zugang zu medizinischen Leistungen.

*Positive Initiativen wurden bereits angestoßen: Der Strukturfonds der kassenärztlichen Vereinigungen unterstützt beispielsweise Arztpraxen beim Abbau baulicher Barrieren. Im Krankenhausbereich werden Hürden beseitigt, um eine gleichberechtigte Versorgung zu ermöglichen. Der Bundes-Klinik-Atlas (verfügbar seit Mai 2024) unterstützt die Patient*innen durch transparente Informationen.*

Wir setzen uns dafür ein das der Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen zügig in der Fläche umgesetzt wird. Mit der Einrichtung des Landeszentrums für Barrierefreiheit haben wir eine Einrichtung geschaffen, die Unterstützung rund um das Thema bietet.

Zu der aufgeworfenen Frage liegen keine abrufbaren Daten vor.

Rente und Wohnen

(6.) Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus – Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter? Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Gute Löhne und eine breite Beitragsbasis sichern die Rente. Daher unterstützen wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, gleiche Löhne, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie qualifizierte Zuwanderung.

Die Finanzierung guter Renten sowie einer verlässlichen medizinischen, pflegerischen und sozialen Infrastruktur ist eine gemeinsame Aufgabe, die uns alle betrifft. Sie gelingt dann am besten, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten - auch Abgeordnete, Selbstständige und künftig neu eingestellte Beamten und Beamte durch die Einbeziehung in die gesetzliche Sozialversicherung. Das entlastet insbesondere kleine und mittlere Einkommen und senkt das Armutsrisko.

Voraussichtlich ab Ende Januar 2026 werden Daten zu der aufgeworfenen Frage in der Statistikdatenbank Baden-Württemberg im Bereich 22151 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter auf Kreisebene abrufbar sein.

(7.) Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau – Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner? – Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Eine bezahlbare und zu den eigenen Bedürfnissen passende Wohnung ist das Fundament für ein gutes Leben. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen 30 Prozent oder mehr ihres Nettoeinkommens für das Wohnen aufwenden müssen, oder sie jeder Umzug vor große Herausforderungen stellt. Unser Ziel ist: Wohnraum, der zum individuellen Geldbeutel und individuellen Bedürfnissen passt, der dort verfügbar ist, wo das Leben einen hinführt und wo eine Nachbarschaft und ein Quartier existiert, das Begegnung, Arbeit, Anbindung, Infrastruktur und Erholung bringt. Dafür setzen wir uns ein. Die Landeswohnraumförderung ist für uns dabei ein wesentliches Instrument.

Wir haben uns in den letzten Jahren für eine starke Landeswohnraumförderung eingesetzt. Während das Volumen im Jahr 2021 (zu Beginn dieser Legislatur) „nur“ 250 Mio. € betrug, hat das Landeswohnraumförderprogramm mittlerweile ein Volumen von 760 Mio. € pro Jahr. Es umfasst die Förderung von sozialem Mietwohnraum, von selbst genutztem Wohneigentum, von Wohneigentümergemeinschaften sowie den Erwerb von Genossenschaftsanteilen. Seit 2023 ist das Junge Wohnen Teil der Wohnraumförderung. Damit werden Wohnheimplätze für Studierende und Azubis geschaffen. Seit 2021 sind mithilfe der Landeswohnraumförderung 18.128 zusätzliche Wohneinheiten geschaffen worden. Diese sind sozial-gebunden, d.h. stehen vergünstigt den Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung. Im Rahmen der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt 2025/2026 haben wir uns für zusätzliche Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro für die Landeswohnraumförderung eingesetzt. Das Förderprogramm wird dadurch einen zusätzlichen Finanzbooster bekommen. Auch perspektivisch ist für uns klar: Es braucht eine gut ausgestattete und effektive Landeswohnraumförderung. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

Nach Angaben des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen ist der Bestand an Sozialmietwohnungen im Land bis Ende 2024 auf 54.634 gestiegen. Das sind

1.034 mehr als für Ende 2023 zuletzt ermittelt worden waren (53.600). Für dieses Jahr (2025) hat das Land seine Fördermittel fast verdoppelt.

Laut Auskunft des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen gab es im Ortenaukreis im Jahr 2024 1.444 Mietwohnungen, die sozial gefördert wurden.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

(8.) Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit – Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis? – Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

Einsamkeit ist eine gesellschaftliche Aufgabe, der wir gemeinsam mit Kreativität, Mitgefühl und Engagement begegnen müssen. Einsamkeit betrifft in Baden-Württemberg fast jeden Dritten – und hängt vor allem mit sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Faktoren zusammen, nicht nur mit dem Wohnort. Einsamkeit ist ein Querschnittsthema, weil sie viele Lebensbereiche gleichzeitig berührt und nicht auf eine einzelne Ursache oder Bevölkerungsgruppe beschränkt ist. Es gibt mehrere Landesprogramme die hier ansetzen, unter anderem die Quartierstrategie 2030 für lebendige und generationengerechte Quartiere.

Beispiele für Projekte aus unserem Wahlkreis sind im Rahmen der Landesstrategie Quartier 2030 geförderte Projekte, darunter das Frauen- und Familienzentrum in Kehl, die Quartiersentwicklung des Dorfzentrums Önsbach zum Thema Nahversorgung und Alt werden im Dorf oder das Seniorennetzwerk „Von Mensch zu Mensch“ der Stadt Oberkirch.

Wir wollen eine Strategie gegen Einsamkeit entwickeln und setzen auf die Einrichtung zentraler Anlaufstellen, die denen, die sich einsam fühlen, Hilfe und Unterstützung anbieten. Derzeit läuft ein landesweiter Ideenwettbewerb. Hiermit wollen wir kreatives Engagement gegen Einsamkeit fördern und neue Konzepte unterstützen, die persönliche Kontakte stärken und Isolation vor Ort wirkungsvoll bekämpfen.

Die Ehrenamtskarte wird aktuell noch nicht im Ortenaukreis umgesetzt. Folgende kreisfreie Städte und Landkreise haben nach jeweiliger Interessenbekundung Kooperationsverträge mit dem Land geschlossen: Stuttgart, Heidelberg, Heilbronn, Pforzheim, Karlsruhe sowie der Landkreis Esslingen. Der Landkreis Böblingen hat sein Interesse bekundet, aber noch keinen Vertrag mit dem Land geschlossen. Beratende Gespräche des Sozialministeriums werden aktuell mit mehreren interessierten Städten und Landkreisen geführt. Zudem haben die bisherigen Modellgemeinden Freiburg, Ulm, Landkreis Calw und Ostalbkreis über die Modellphase hinaus Kooperationsvereinbarungen mit dem Land geschlossen.

(9.) Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten – Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Ausspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?

Wir Grüne stellen uns gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Ein Leben frei von Diskriminierungen und Gewalt zu gewährleisten, ist Aufgabe des Rechtsstaats und der Gesellschaft: Wir müssen gemeinsam für eine lebendige Demokratie eintreten.

(10.) Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente – Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?

Die Bürgerversicherung auf Bundesebene ist überfällig. Die Einführung war leider in der Koalition mit Teilen der Ampel nicht möglich. Leider ist auch in der derzeitigen Konstellation im Bund eine echte Bürgerversicherung eher unwahrscheinlich.